

Programm für die Europawahlen 2019

Angenommen vom Kongress am 17. März 2019

INHALTSVERZEICHNIS

Einleitung	2
Teil 1 – Ökologischer Wandel auf der Grundlage Sozialer- und Steuergerechtigkeit	3
1. Ökologischer Wandel ist lebensnotwendig	3
1.1. das Paket für den Klimaschutz schnüren.	4
1.2. Ökosysteme, menschliche Gesundheit und Tiere schützen.	5
1.3. Unterstützung einer europäischen Landwirtschaft, die die Umwelt und die Bauern respektiert.....	7
2. ... aber unbedingt mit sozialer und steuerlicher Gerechtigkeit verbunden	9
2.1. Schluss mit den sozialen Ungerechtigkeiten	10
2.1.1. Arbeit und Soziales wieder in das Zentrum der Kämpfe rücken	10
2.1.2. Gewährleistung demokratischer und zugänglicher öffentlicher Dienstleistungen	11
2.2. Abschaffung der Privilegien der multinationalen Konzerne und der Superreichen .	13
2.2.1 die europäische Wirtschaftspolitik grundlegend verändern	13
2.2.2 Finanzmärkte zur Ordnung rufen.....	15
2.2.3. Den ökologischen Wandel durch gerechte Steuern finanzieren	17
Teil 2 – ein demokratisches und friedliches Europa	19
2. Die Volkssouveränität ?? Und die Menschenrechte stärken	20
3. Gegen die Militarisierung Europas und Unterstützung der Migrant*innen	22

1 EINLEITUNG

2

3 Unser Programm drückt unsere Vision von Europa aus und formuliert Vorschläge, damit Europa
4 gerechter, ökologischer und solidarischer wird.

5 Beim Referendum von 2005 haben wir den neoliberalen Inhalt der jetzigen Verträge abgelehnt
6 und uns dagegen ausgesprochen. Leider haben wir mit unseren Argumenten Recht behalten. Der
7 derzeitige europäische Vertragsrahmen stellt eine Absicherung für die Interessen der
8 herrschenden Klassen dar. Deshalb müssen die Interessen der produktiven, kreativen,
9 großzügigen Klassen, die die gesamten Lasten der Gesellschaft tragen, zwingend wieder in den
10 Vordergrund treten. Die Arbeiter, "gelben Westen", die Bürger und die Klimaschutzbewegungen
11 gehen überall in Europa auf die Straße und weigern sich, sich der herrschenden Ordnung zu
12 unterwerfen. Wir ermutigen und unterstützen sie.

13 Durch den Klimawandel, den Verlust der biologischen Vielfalt, durch die Bodenverschmutzung
14 und den dramatischen Rückgang der Wasserreserven, stellt sich die Frage nach dem Überleben
15 der Menschheit.

16 Immer mehr Menschen erkennen, dass der Hauptverantwortliche für den dramatischen Zustand
17 des Planeten niemand anderes als das kapitalistische System ist. Denn dieses System hat nur ein
18 Ziel: den Profit. Um weiterhin einen maximalen Gewinn zu erzielen, setzt es auf kontinuierliches
19 Wirtschaftswachstum, das Mensch und Natur rücksichtslos unterwirft.

20 Die Parole des "grünen Wachstums" ist nur ein Propagandamanöver. Mit ihr soll ermöglicht
21 werden weiterzumachen wie bisher, durch Begünstigung multinationaler Konzerne und der
22 Superreichen unter Ausschluss jeglicher demokratischen Beteiligung.

23 Wie kann man in dem europäischen Aufbauprozess weiterkommen, wenn dieser in vielerlei
24 Hinsicht blockiert ist? Wie sollen wir uns gegenüber einer politischen Klasse verhalten, die sich in
25 den letzten fünf Jahren als unfähig erwiesen hat, die Griechenland-Krise, die Migrationskrise oder
26 den Brexit im Interesse aller zu lösen?

27 Ja, die Bevölkerungen brauchen transnationale Lösungen. Und das nicht nur im Umweltschutz.
28 Auch die Finanzwelt kann nur auf europäischer und sogar internationaler Ebene in ihre Schranken
29 verwiesen werden und die europäischen Gewerkschaften fordern eine Stärkung der
30 gemeinsamen Sozialgesetzgebung.

31 Ja, unsere ökosozialistische Ausrichtung sieht einen Bruch mit den bestehenden Verträgen vor,
32 wenn sie die Bestrebungen der europäischen Bevölkerungen behindern. Die Menschen in Europa
33 müssen sich neue Regeln für eine soziale, demokratische und ökologische Emanzipierung geben
34 und durch eine Massenprotestbewegung ihre Forderungen auf allen Ebenen geltend machen.

35 Bei den Europawahlen haben Sie die Möglichkeit, ein*e Mitglied von „déli Lénk“ ins
36 Europaparlament zu entsenden. Als Mitglied der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken,
37 wird unser*e Europaparlamentarier*in im Interesse der Arbeitnehmer*innen, und der
38 Bürger*innen handeln, sowie gegen die multinationalen Konzerne vorgehen und gegen die
39 Regeln, die sie schützen.

40

41 TEIL 1 – ÖKOLOGISCHE TRANSITION AUF DER GRUNDLAGE
42 SOZIALER GERECHTIGKEIT UND STEUERGERECHTIGKEIT

43

44 1. DIE ÖKOLOGISCHE TRANSITION IST LEBENSNOTWENDIG ...

45

46 Die Folgen des Klimawandels und der Zerstörung der Umwelt sind brutal. Dies gilt zunächst
47 besonders für die gefährdeten Bevölkerungsgruppen in den armen Ländern. Aber auch in Europa
48 ist die Bevölkerung zunehmend von der ökologischen Katastrophe betroffen, wenn auch nicht
49 jeder im gleichen Maße. Wie anderswo in der Welt sind besonders jene Bevölkerungsteile
50 betroffen, die den Auswirkungen am wenigsten entgegen zu setzen haben und die außerdem am
51 wenigsten zur Klima- und Ökosystemkrise beitragen. Umweltzerstörung verstärkt Ungleichheiten
52 aller Art. Dabei trägt sie auch mehr zur Verarmung von Frauen bei, die weltweit 80% der armen
53 Arbeitnehmer*innen darstellen.

54 Das Weiterbestehen des Lebens auf dem Planeten ist bedroht. Die toxischen Aktivitäten
55 multinationaler Konzern und ihre ununterbrochene Suche nach neuen Profiten, sowie die
56 Dominanz einer ultrareichen Minderheit, haben uns in diese Situation geführt. Sie haben eine
57 enorme ökologische Schuld angehäuft, die die große Mehrheit der Menschheit heute bezahlen
58 muss.

59 Auch die Europäische Union stellt die Rechte und Interessen der Unternehmen und des
60 Großkapitals über die Rechte und die Interessen der Menschen und des Planeten. Sie ist damit
61 mitverantwortlich für diese verheerenden Fehlentwicklungen. Das muss aufhören.

62

1.1. EIN EHRGEIZIGES PAKET FÜR DEN KLIMASCHUTZ.

63
64
65
66
67
68
69
70
71
72
73
74
75
76
77
78
79
80
81
82
83
84
85
86
87
88
89
90
91
92
93
94
95
96
97
98
99
100
101
102
103
104
105
106
107
108
109
110
111

déi Lénk wollen:

1. eine Klimapolitik im Einklang mit dem Hauptziel des Pariser Klimaabkommens umsetzen und alles daransetzen, die Erderwärmung auf 1,5° C im Vergleich zur vorindustriellen Ära zu begrenzen. Diese Herausforderung erfordert eine ehrgeizige Überprüfung der EU-Klimaziele, -fristen und -regeln. Es geht darum:
 - Treibhausgasemissionen bis 2030 um 60% und bis 2050 um 95% im Vergleich zu 1990 zu reduzieren;
 - Diese Ziele müssen erreicht werden ohne künstliche Kohlenstoffbindung in Böden und ohne CO₂-Kompensierungsmechanismen.
2. direkte und indirekte Subventionen für fossile Brennstoffe (Öl, Gas, Kohle, Schiefergas) und Kernenergie beseitigen. Veralterte Kernkraftwerke wie das von Cattenom müssen sofort stillgelegt werden. Jede neue Nutzung dieser Energien soll in der EU verboten werden. Ebenso muss der Euratom-Vertrag durch Maßnahmen ersetzt werden, die die Entwicklung erneuerbarer Energien ermöglichen.
3. eine europäische Strategie anstoßen mit dem Ziel 100 % erneuerbare Energie für das Jahr 2050 zu erreichen. Diese Strategie, die eine Reduzierung des Energieverbrauchs erfordert, muss folgendes umfassen:
 - 45% erneuerbare Energien und 40 % Verbesserung der Energieeffizienz als Zwischenziel bis 2030;
 - öffentliche Investitionen in die Forschung, Entwicklung und Verbreitung erneuerbarer Energien;
 - Beihilfen für die Regionen und Bevölkerungen, die von der Schließung von Kraftwerken betroffen sind, sowie eine angemessene Finanzierung für die Ausbildung von Fachkräften im europäischen Energiesektor.
4. die demokratische Kontrolle über die Entscheidungen bei der ökologischen Transition wiederherstellen durch die Zurücknahme der Entscheidungen über die Liberalisierung und Privatisierung von Schlüsselsektoren, sowie der Infrastrukturen zur Stromerzeugung, der Verteilernetze und des Bahnverkehrs.
5. Schluss machen mit dem kläglich gescheiterten Kohlenstoffmarkt in der Europäischen Union. Dieses Verfahren ist betrügerisch und ermöglicht es Unternehmen, Rechte auf Umweltverschmutzung zu erwerben. Sie muss ersetzt werden durch:
 - strikte Regeln mit verbindlichen Zielen und Fristen für die Unternehmen;
 - eine CO₂-Steuer auf europäischer Ebene für die umweltschädlichsten Unternehmen.
6. die Energieeffizienz steigern und die Energiearmut bekämpfen durch öffentliche europäische Investitionsprogramme.
7. den Fokus auf die Entwicklung des umweltfreundlichen öffentlichen Transports und auf die sanfte Mobilität legen (Fußgänger, Radfahrer, etc.).

1.2. ÖKOSYSTEME, MENSCHLICHE GESUNDHEIT UND TIERE SCHÜTZEN.

112
113
114
115
116
117
118
119
120
121
122
123
124
125
126
127
128
129
130
131
132
133
134
135
136
137
138
139
140
141
142
143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167

déi Lénk wollen:

1. die Bewertung der öffentlichen Politik mit anderen Kriterien als dem Wachstum des Bruttoinlandproduktes (BIP) durchführen. Indikatoren wie das menschliche Wohlergehen (soziale Gleichheit, Gleichstellung der Geschlechter und Geschlechtergleichheit, öffentliche Gesundheit, Zustand der Umwelt, Bildung ...) müssen berücksichtigt werden.
 2. soziale und ökologische Kriterien einführen für die Nutzung von Ressourcen auf europäischem Gebiet, sowie durch Unternehmen mit Sitz in der EU. Insbesondere wollen wir:
 - kurze Wege von Produktion und Verteilung fördern;
 - eine Sorgfaltspflicht für Unternehmen einführen, so dass sie sich in der gesamten Produktions- und Transportkette sorgfältig an soziale und ökologische Kriterien halten müssen. Auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene müssen verbindliche Regeln eingeführt werden, die die wirksame Sanktionierung multinationaler Unternehmen erlauben, so dass sie für alle sozialen und ökologischen Schäden die sie verursachen aufkommen müssen;
 - die Entstehung eines Internationalen Gerichtshof für Klima- und Umweltgerechtigkeit unterstützen, der Staaten oder multinationale Konzerne verurteilen kann, wenn sie Umweltverbrechen begehen und nationale Verfahren dies nicht zulassen.
 3. eine Kennzeichnung aller Inhaltsstoffe einführen die in Lebensmitteln verwendet werden und zwar in einer detaillierten, umfassenden und lesbaren Form.
 4. die europäische Strategie gegen Plastikverschmutzung stärken durch die erhebliche Reduzierung der Herstellung und Verwendung von Kunststoffen und durch das Verbot von Mikroplastik.
 5. den Zugang zu sauberem Wasser, zu gesunder Ernährung, zu Energie und dem Recht auf eine anständige Wohnung in Europa zu Grundrechten erklären. Wir wollen:
 - dass die Verwaltung der Trinkwasser- und Energieversorgungsnetze durch öffentliche Dienste gewährleistet wird;
 - das Prinzip der schrittweisen Staffelung des Wasserpreises und den kostenlosen Zugang zu einem Grundbedarf an Wasser einführen;
 - das Recht auf menschenwürdigen Wohnraum umsetzen durch die Durchführung europäischer und nationaler Investitionsprogramme für den Bau und die energetische Sanierung von Wohnraum.
- den universellen Zugang sicher stellen zu einem öffentlichen und kostenlosen Gesundheitssystem auf der Grundlage der Sozialversicherung, das die Auswirkungen der Umweltzerstörung auf die menschliche Gesundheit berücksichtigt. Wir wollen:
- die Anerkennung von Krankheiten durchsetzen, die durch Umweltverschmutzung hervorgerufen werden und die Entwicklung der Umweltmedizin, sowie die öffentliche Forschung in diesem Bereich fördern;
 - die Unabhängigkeit der europäischen Institutionen garantieren, die die Medikamente, die Organtransplantation, die Implantate, die Nahrungsmittel und die Umwelt kontrollieren;
 - angemessene Arbeitsbedingungen und Bezahlung für die Arbeitnehmer*innen im Gesundheits- und Pflegebereich durchsetzen.

- 168 6. einen Fokus legen auf die Sensibilisierung über soziale und ökologische Fragen und
169 das ab dem Kindesalter. Wir wollen:
170
- 171 ○ ein europäisches Bildungsprogramm zur Umweltgerechtigkeit ab der Grundschule
172 durchzuführen;
 - 173 ○ ein europäisches öffentliches Forschungsnetzwerk schaffen, das sich den
174 verschiedenen Herausforderungen der ökologischen Krise widmet.
175
- 176 7. das Verschwinden der Arten stoppen und die biologische Vielfalt schützen.
177 Insbesondere wollen wir:
178
- 179 ○ die europäische Strategie 2020 zum Schutz der biologischen Vielfalt umsetzen;
 - 180 ○ den Schutz der Bestäubungsinsekten in die europäischen Strategien integrieren;
 - 181 ○ Pestizide, Neonicotinoide und genmanipulierte Pflanzen, die für die menschliche
182 Gesundheit äußerst schädlich sind, abschaffen.
183
- 184 8. den Tierschutz durch die Einführung verbindlicher Vorschriften für die Behandlung
185 von Tieren auf europäischer Ebene stärken. Wir wollen unter anderem:
186
- 187 ○ die Massentierhaltung verbieten;
 - 188 ○ die Misshandlung von Tieren verbieten, Alternativen zu Tierversuchen fördern und
189 Tierversuche im Bereich der Kosmetik verbieten;
 - 190 ○ den Transport lebender Tiere über weite Strecken zwischen den Mitgliedstaaten und
191 innerhalb der Europäischen Union verbieten;
 - 192 ○ die Herstellung und den Verkauf von Tierpelzen verbieten.
193
- 194 9. die Natur besser schützen durch:
195
- 196 ○ den Ausbau und die Konsolidierung der europäischen Naturschutzinitiative *Natura*
197 *2000*;
 - 198 ○ die konsequente und gänzliche Umsetzung der Rahmenrichtlinie zum Schutz des
199 Wassers;
 - 200 ○ die Annahme einer Rahmenrichtlinie im Kampf gegen die Verarmung und
201 Degradation der Böden.
202
- 203 10. gegen die Biopiraterie und die Privatisierung der genetischen Ressourcen
204 ankämpfen. Wir wollen die Patentierung von Lebewesen verbieten und keine
205 Privatisierung der Weltraumressourcen zulassen.
206

207
208
209

1.3. UNTERSTÜTZUNG EINER EUROPÄISCHEN LANDWIRTSCHAFT, DIE DIE UMWELT UND DIE BAUERN RESPEKTIERT.

210 déi Lénk wollen:

- 211 1. aussteigen aus der industrialisierten exportorientierten Landwirtschaft, die sich auf
212 den Einsatz von Pestiziden stützt. Dafür wollen wir:
213
- 214 ○ die Hilfen im Rahmen der GAP (Gemeinsame Agrarpolitik) für große Betriebe deckeln
215 und die Konzentration von Landbesitz bekämpfen;
 - 216 ○ aus der intensiven Tierhaltung aussteigen. Dazu muss die Anzahl der Tiere pro Betrieb
217 begrenzt und die extensive Tierhaltung gefördert werden;
 - 218 ○ ein europäisches Verbot von Glyphosat und die Entwicklung einer Strategie für den
219 Ausstieg aus Pestiziden und Neonikotinoiden für 2030 durchsetzen;
 - 220 ○ ein europäisches Verbot des Anbaus und der Einfuhr von genmanipulierten
221 Organismen durchsetzen;
 - 222 ○ Freihandelsabkommen kündigen und den fairen Handel mit nachhaltigen
223 Agrarprodukten fördern.
224
- 225 2. die ökologische und bäuerliche Landwirtschaft in Absprache mit den Landwirten
226 fördern. Dafür ist eine Strukturreform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)
227 unverzichtbar. Man muss:
228
- 229 ○ die GAP-Subventionen an Kleinbetriebe und an eine ökologische und sozial
230 nachhaltige Landwirtschaft koppeln;
 - 231 ○ die Hilfen für die Umstellung auf ökologischen Landbau verstärken;
 - 232 ○ die Mittel für die agronomische Forschung im Bereich der ökologischen
233 Landwirtschaft auf europäischer Ebene erheblich erhöhen.
234
- 235 3. die Arbeit in der europäischen Landwirtschaft aufwerten. Wir wollen:
236
- 237 ○ die Einführung von sozialen Mindeststandards auf europäischer Ebene und die
238 Gewährleistung der Anwendung des Arbeitsrechtes für alle Beschäftigten des
239 europäischen Agrarsektors, insbesondere für Saisonarbeiter*innen.
 - 240 ○ die Neuausrichtung der GAP-Subventionen auf der Grundlage von Kriterien im
241 Zusammenhang mit dem Faktor Arbeit, Umweltschutz und Tierschutz.
242
- 243 4. regionale und lokale Netzwerke in der Produktion, im Vertrieb und im Verbrauch
244 bevorzugen, die wirtschaftlich und ökologisch vertretbar sind. Wir wollen:
245
- 246 ○ die Einfuhr von Futtermittel aus den Ländern der südlichen Hemisphäre reduzieren;
 - 247 ○ einen Rückgang des Fleischkonsums fördern, indem wir die Aufzucht im Respekt des
248 Tierwohls belohnen und die wichtige Rolle berücksichtigen, die die Tiere in der
249 Landschafts- und Umweltpflege spielen. Dies soll ohne Einkommenseinbußen für die
250 Bauern geschehen;
 - 251 ○ die Herstellung von pflanzlichen Proteinen unterstützen, die für den menschlichen
252 Verzehr bestimmt sind.
253
- 254 5. Landraub (*Landgrabbing*) verbieten, sowie die Einfuhr von Produkten die im
255 Zusammenhang mit der Abholzung von Wäldern stehen. Dies betrifft auch
256 Agrartreibstoffe die in Konkurrenz zur Nahrungsmittelnutzung stehen, sowie Palmöl, das
257 von multinationalen Konzernen zur Lebensmittel- und Kosmetikherstellung benutzt wird.
258
- 259 6. die Ernährungssouveränität und die Entscheidungsgewalt über das Saatgut
260 garantieren. Wir wollen:
261

- 262
263
264
265
266
267
- dem Saatgutssystem multinationaler Agrochemiekonzerne entgegenwirken und das Recht der Landwirte garantieren, ihr eigenes Saatgut zu verwenden, auszutauschen, zu verkaufen und zu schützen;
 - hochwertige europäische Agrarprodukte schützen durch die Schaffung geschützter Labels und Appellationen.
- 268 7. die Meeres- und Flussressourcen schützen und die Überfischung beenden. Wir
269 wollen:
- 270
- strenge und verbindliche Standards einführen für den Schutz von Meeresbiotopen und die europäischen Subventionen nach ökologischen Kriterien ausrichten;
 - die notwendige Senkung der Fangquoten durch Beihilfen für kleine Betriebe begleiten.
- 273
274
275

276
277
278

279
280
281
282
283
284

285
286

287
288
289
290

291
292
293

294

295
296
297

298
299
300

301
302

303

2 ... ABER UNBEDINGT MIT SOZIALER UND STEUERLICHER GERECHTIGKEIT VERBUNDEN.

Die ökologische Transition, soziale Gerechtigkeit und Steuergerechtigkeit müssen sich ergänzen. Nur eine resolute Politik im Interesse der Mehrheit, die Schluss macht mit den Privilegien einer kleinen Minderheit, wird dieser Herausforderung gerecht. Eine echte ökologische Transition, um die Ziele des Pariser Abkommens zu erreichen, erfordert die Unterstützung einer großen Mehrheit der Bevölkerung. Eine Gesellschaft, die auf Wettbewerb setzt und in der ein großer Teil der Menschen von Armut bedroht ist, wird einen solchen Wandel nicht schaffen.

Der ökologische Wandel wird heute durch unsoziale und steuerlich ungerechte Politik unterwandert:

- Die Austeritätspolitik, die die Interessen privater Finanzinstitute bedient, hat zum Abbau der öffentlichen Dienstleistungen und zur Verarmung großer Gruppen der Bevölkerung geführt. Sie werden jetzt von den Herrschenden aufgefordert, noch mehr Opfer zu bringen – davon zeugt die Bewegung der gelben Westen;

- Die Politik der finanziellen Deregulierung und des Steuerwettbewerbs haben die Staaten finanziell ausgeblutet, während multinationale Unternehmen, sowie der undurchsichtige und räuberische Finanzsektor, in keiner Weise bereit sind, sich für den Klimaschutz einzusetzen.

Angesichts der Dringlichkeit des ökologischen Wandels muss man deshalb:

- eine ehrgeizige Sozialpolitik auf europäischer Ebene verfolgen, das heißt die Bruttolöhne erhöhen, gleiche Bezahlung für Frauen und Männer gewährleisten, die Rechte der Arbeitnehmer*innen stärken und in öffentliche Dienstleistungen investieren;

- die Einkommen umverteilen und die Bekämpfung der Steuerhinterziehung durch die Superreichen vorantreiben, vom Steuerwettbewerb übergehen zur Steuerharmonisierung nach oben und multinationale Unternehmen wirksam besteuern;

- die Entscheidungsbefugnis von Banken und multinationalen Konzernen auf der Grundlage ihrer Eigentumsrechte in Frage stellen.

304 2.1. DIE SOZIALEN UNGERECHTIGKEITEN BEENDEN

305 2.1.1. ARBEIT UND SOZIALES WIEDER IN DAS ZENTRUM DER AUSEINANDERSETZUNG 306 RÜCKEN

307 déi Lenk wollen:

- 308 1. mit der aktuellen Politik brechen, die die Wirtschaftsfreiheit vor das Sozialrecht stellt;
309
- 310 2. mit Arbeitnehmer*innen und den Gewerkschaften zusammen kämpfen, um das
311 europäische Sozialrecht zu festigen und zu erweitern und Sozialdumping zwischen den
312 Ländern zu verhindern.
313
- 314 3. die "Qualitätsarbeit" nach der Definition des Europäischen Gewerkschaftsbundes
315 regeln (Gute Löhne, Arbeitsplatzsicherheit, Weiterbildungsmöglichkeiten, gute
316 Arbeitsbedingungen, angemessene Arbeitszeit, Gewerkschaftsvertretung und
317 Verhandlungsrechte).
318
- 319 4. die Zugangsbedingungen zu einer gesetzlichen Sozialversicherung harmonisieren für
320 Arbeitnehmer und Selbstständige (auch für Freelance, selbständige Theaterschaffende
321 etc.).
322
- 323 5. die maximale Arbeitszeit und die Länge der Arbeitszeiten verringern und eine
324 schrittweise Verkürzung der Arbeitszeit auf 32 Stunden pro Woche einleiten. Die
325 Möglichkeit, diese Bestimmungen im nationalen Rahmen außer Kraft zu setzen, muss
326 abgeschafft werden (individuelle Opt-out-Klauseln, "Gesetz der Sklaverei" in Ungarn).
327
- 328 6. das Prinzip eines europäischen Mindestlohns einführen in Höhe von 60 % des
329 Medianlohnes jedes Landes.
330
- 331 7. das Recht auf eine angemessene Rente, die ein annehmbares Leben im Alter erlaubt,
332 zu einem Grundrecht erklären. Die Rentenlücke zwischen Frauen und Männern muss
333 überwunden und die Individualisierung der Rentenansprüche eingeführt werden.
334
- 335 8. das Recht auf eine gesetzliche Krankenversicherung gewährleisten, den Arbeitsschutz
336 durch einen öffentlichen Dienst für Arbeitsmedizin stärken und die REACH-Verordnung
337 auf alle gefährlichen Stoffe ausweiten.
338
- 339 9. ein Mindesteinkommen über der Armutsgrenze jedes Landes vorsehen.
340
- 341 10. die individuellen und kollektiven Rechte der Arbeitnehmer*innen stärken, um sich
342 gegen missbräuchliche Entlassungen zu wehren, darunter solche aus börsentechnischen
343 Gründen ohne wirtschaftliche Notwendigkeit.
344
- 345 11. die kollektiven Rechte von Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften auf allen
346 Ebenen erweitern: Das Verhandlungsrecht von Tarifverträgen, die Rechte bei der
347 Übernahme von Unternehmen, die Mitbestimmungsrechte im Unternehmen auf der
348 Ebene der wirtschaftlichen Entscheidungen (nicht durch Unternehmensverträge
349 veränderbar), das Streikrecht, auch für Beamte.
350

- 351 12. die finanzielle Sicherheit und Unabhängigkeit von Frauen und Männern während des
352 Mutterschafts- /Vaterschaftsurlaub und der Elternzeit garantieren durch einen
353 gleichberechtigten Zugang zu bezahltem Urlaub und ein Recht auf nicht übertragbaren
354 Teilzeiturlaub.
355
- 356 13. die Bestimmungen zu Teilzeitarbeit, befristete Arbeitsverträge und Interims-Arbeit
357 stärken und digitale Plattformen reglementieren.
358
- 359 14. die volle Anwendbarkeit des Prinzips „gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit“
360 erreichen bei der Entsendung. Entsendungen von Luxemburg aus sollen gebremst
361 werden, wenn es darum geht, die Sozialversicherungsvorschriften der Nachbarländer zu
362 umgehen.
363
- 364 15. gleiche Rechte für Arbeitnehmer aus Drittländern und jenen aus der EU garantieren.
365

366 2.1.2 GEWÄHRLEISTUNG DEMOKRATISCHER UND ZUGÄNGLICHER ÖFFENTLICHER 367 DIENSTLEISTUNGEN 368

369 déi Lenk wollen:
370

- 371 1. mit der aktuellen Logik und Praxis der Liberalisierung der öffentlichen
372 Dienstleistungen brechen die sich der Logik der Finanzmärkte unterordnen (abgesehen
373 von einem reduzierten Universaldienst).
374
- 375 2. den breiten Ermessensspielraum der Staaten ausnutzen, um öffentliche Dienstleistungen
376 von wirtschaftlichem Interesse anzubieten, umzusetzen und zu organisieren (oder auch in
377 kommunale Hand zu überführen oder zu verstaatlichen), um eine neue Politik zu
378 ermöglichen, die überall qualitativ hochwertige öffentliche Dienstleistungen
379 (kostenlos oder für jeden erschwinglich, gemeinschaftlich finanziert) für alle
380 zugänglich macht. Diese Politik soll Bürger*innen als Partner*innen und nicht als
381 gewerbliche Kund*innen behandeln, und unter demokratischer Kontrolle und unter
382 Beteiligung der Arbeitnehmer*innen organisiert werden.
383
- 384 3. die Schaffung öffentlicher Dienstleistungen auf europäischer Ebene fördern, zum
385 Beispiel ein europäisches Eisenbahnunternehmen.
386
- 387 4. öffentliche Dienstleistungen für die Großregion planen unter Berücksichtigung der
388 Bedürfnisse und Komplementaritäten, insbesondere in den Bereichen Gesundheitswesen
389 und Hochschulbildung.
390
- 391 5. die Umsetzung der Ziele des Europäischen Rates von Barcelona sicherstellen in Bezug auf
392 die Verfügbarkeit von erschwinglichen, zugänglichen und qualitativ hochwertigen
393 Kinderbetreuungseinrichtungen in allen Mitgliedstaaten.
394
- 395 6. die Mehrkosten für den Grenzübertritt per Eisenbahn in der Europäischen Union
396 abschaffen.
397
- 398 7. ein universelles Recht auf Zugang zu Wohnraum garantieren, zu Lasten der
399 Mitgliedstaaten.

- 400 8. das Recht auf Information, freien Zugang zu Kommunikationsnetzen und die
401 Netzneutralität absichern (Übermittlung digitaler Daten ohne Diskriminierung und
402 Änderung), sowie die Nutzung von freier Software durch öffentliche Institutionen
403 fördern.
- 404
- 405 9. die europäischen Budgets für Bildung und öffentliche Forschung erhöhen und die
406 Finanzierung durch Lobbys und multinationale Konzerne, die rein kommerzielle
407 Interessen verteidigen, ausschließen.
- 408
- 409 10. die Privatisierung von Universitäten und Schulen in Europa bekämpfen.
- 410
- 411 11. mit dem Bologna-Prozess brechen und einen freien und offenen Zugang zur Universität
412 in Europa schaffen. Einen Raum der Solidarität unter den Universitäten aufbauen, der die
413 europäische Hochschulpolitik in Richtung Kooperation lenkt, die die Sicherheit des
414 Statuts der Forscher*innen, sowie die Vielfalt und Autonomie der Forschung garantiert.
- 415
- 416 12. Das Erasmus-Programm weiterentwickeln, um es jede*r jungen Europäer*in zu
417 erlauben, zwischen 16 und 25 Jahren durch die Einführung einer Autonomiezulage im
418 Rahmen der Ausbildung ein Studienjahr im Ausland zu absolvieren.
- 419
- 420 13. das kulturelle Schaffen und den Zugang zur Kultur unterstützen und fördern. Die EU
421 muss eine echte Kulturpolitik entwickeln, die zu einem ihrer Grundpfeiler werden muss.
- 422
- 423 14. eine europäische Politik der Renationalisierung der Postdienste, der Eisenbahn, der
424 Luftfahrt, der Energie (Gas, Strom, etc.) und des Wassers in Europa unterstützen. Die
425 Abfallwirtschaft, TV-Netzwerke und Internet müssen vergesellschaftet werden. Wir
426 fordern, dass diese Dienste unter direkter demokratischer Leitung und unter öffentlichem
427 Statut funktionieren.
- 428
- 429 15. die von der Postdirektion, mit der Komplizenschaft des Wirtschaftsministers gemachte
430 Politik der Reduzierung des Universaldienstes (Schließung von Büros) muss gestoppt
431 werden.
- 432
- 433 16. das Verteilungsnetz der Wasserversorgung in öffentlicher Hand und unter
434 öffentlicher Verwaltung belassen durch eine ökologische Preisgestaltung und die
435 teilweise Unentgeltlichkeit (siehe auch Kapitel Umwelt).
- 436
- 437 17. den kostenlosen öffentlichen Transport für Berufspendler in der Großregion von und
438 nach Luxemburg einführen.
- 439

440 2.1. DIE PRIVILEGIEN DER MULTINATIONALEN KONZERNE UND DER SUPERREICHEN
441 ABSCHAFFEN

442 2.2.1 DIE EUROPÄISCHE WIRTSCHAFTSPOLITIK GRUNDLEGENDE VERÄNDERN
443

444 déi Lénk wollen:
445

446 1. den sogenannten Stabilitätspakt durch solidarische wirtschaftliche, soziale und
447 ökologische Entwicklungsabkommen ersetzen. Mit diesen Änderungen soll mit den in
448 dem Stabilitätspakt enthaltenen Anwendungspraktiken und der darin aufgeführten Logik
449 gebrochen werden. Man muss:

- 450 ○ die von der Kommission den Mitgliedstaaten im Rahmen des
451 Überwachungsverfahrens "Europäisches Semester" diktierten Sparmaßnahmen
452 abschaffen. Diese Maßnahmen fußen auf der Grundlage willkürlicher Kriterien und
453 haben zu einer Zunahme von Arbeitslosigkeit und Prekarität, zur Verringerung der
454 Arbeitnehmerrechte, zur Senkung von Löhnen und Renten und zur Plünderung
455 öffentlicher Dienstleistungen geführt. Weil sie unwirksam und ungerecht sind, sind
456 diese Maßnahmen die Ursache für das Wiederaufleben der Nationalismen und für das
457 Anwachsen der extremen Rechten in Europa. Insbesondere die "Goldene Regel" (0,5
458 % TSCG Art. 3) muss durch einen Mechanismus für die wirtschaftliche, soziale,
459 steuerliche und haushaltspolitische Zusammenarbeit und Koordinierung ersetzt
460 werden, der sowohl die spezifische Entwicklung jedes Staates, die soziale
461 Gerechtigkeit als auch den notwendigen ökologischen Wandel berücksichtigt;
- 462 ○ den Rahmen und die Bedingungen für die Hilfe für die in Schwierigkeiten geratenen
463 Staaten und die makroökonomische Anpassung an soziale und ökologische
464 Garantien, sowie an die Pflicht steuerlicher Umverteilung knüpfen;
- 465 ○ die Staatsverschuldung in einem Audit überprüft lassen, um unrechtmäßige Schulden
466 festzustellen, gegebenenfalls diese Schulden zu erlassen und die Staatsverschuldung
467 der in Schwierigkeiten geratenen Mitgliedstaaten zu restrukturieren;

468
469 2. eine europäische Wirtschafts- und Sozialpolitik für öffentliche Investitionen
470 aufbauen. Diese Politik wird Arbeitsplätze schaffen und auf die Bedürfnisse der
471 Bevölkerung eingehen, nicht auf die Forderungen der multinationalen Konzerne und der
472 Superreichen. Sie begreift:

- 473
- 474 ○ eine europäische Politik zur Ankurbelung der Kaufkraft in Krisenzeiten;
- 475 ○ ein europäisches öffentliches Investitionsprogramm, das sich auf die Bekämpfung
476 von Armut und Ungleichheit in Schlüsselsektoren (universeller und freier Wohnraum,
477 Bildung, öffentliche Gesundheit und soziale Sicherheit, künstlerisches Schaffen)
478 konzentriert;
- 479 ○ die Stärkung der Strukturfonds für benachteiligte europäische Regionen, um die
480 Spaltung zwischen reicheren Zentren und einer ärmeren Peripherie zu beenden;
- 481 ○ Unterstützungsmaßnahmen für alternative wirtschaftliche und soziale
482 Organisationsformen, wie selbstverwaltete Sozialgenossenschaften und
483 selbstverwaltete wieder in Betrieb genommene Fabriken;
- 484 ○ Fortschritte bei der Gleichstellung von Frauen und Männern und insbesondere was
485 die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen anbelangt.

486

- 487 3. die grenzüberschreitende Zusammenarbeit stärken durch:
488
489 ○ eine Zusammenarbeit Luxemburgs mit den Nachbarländern und benachbarten
490 Regionen im Bereich Flughäfen oder Logistik- und Stahlindustrie;
491 ○ die Beteiligung an der Finanzierung der Ausstattungen und Dienstleistungen der
492 Herkunftsgemeinden der Grenzgänger.
493
- 494 4. die Mittel zur Umsetzung dieser transformativen Politik schaffen durch:
495
496 ○ eine gerechte Haushalts- und Steuerpolitik auf der Ebene der Mitgliedstaaten (Vgl.
497 2.2.3.) ;
498 ○ ein Anstieg des europäischen Haushaltes bis auf 4% des BIPs;
499 ○ die verbindliche Vorgabe an die EZB, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit als Ziel zu
500 nehmen und die Mitgliedstaaten im Falle finanzieller Schwierigkeiten zu
501 unterstützen. Wie andere Zentralbanken muss auch die EZB zu einem Kreditgeber
502 letzter Instanz werden.
503
- 504 - die Schaffung öffentlicher Banken in den Mitgliedstaaten, die in der Lage sein werden,
505 die dort hinterlegten Ersparnisse der Bürgerinnen und Bürger zu garantieren und
506 öffentliche Infrastrukturprojekte zu finanzieren, sowie Projekte zur ökologischen
507 Umstellung und zur Entwicklung der Klein- und Mittelbetriebe.
508
- 509 5. Freihandelsabkommen kündigen, die nicht auf den Interessen der Völker fußen.
510 Deshalb wollen wir:
511
512 ○ internationale Handelsabkommen ablehnen, die eine Gefahr für die Landwirtschaft,
513 die Industrie, die Rechte der Arbeitnehmer und der Frauen, die Umwelt oder die
514 Kultur darstellen;
515 ○ die EU-Assoziierungsabkommen mit Ländern aussetzen, die massiv gegen die
516 Menschenrechte verstoßen oder die versuchen diese Abkommen auf besetzte
517 Gebiete anzuwenden.
518

519 2.2.2 DIE FINANZMÄRKTE ZUR ORDNUNG RUFEN

520

521 déi Lenk wollen:

522 1. der Finanzwelt die Macht entziehen und wieder an die Bürger*innen zurückgeben.

523 Dazu ist erforderlich:

524

525 ○ die Staaten in die Lage zu versetzen, die wirtschaftlichen und finanziellen
526 Aktivitäten im Dienst des allgemeinen Interesses zu organisieren. Die Staaten
527 müssen das Recht haben, sich Geld von der Europäischen Zentralbank zu leihen ohne
528 den Weg über die Finanzmärkte zu nehmen.

529 ○ Steueroasen, die Steuer- und Finanzbetrug begünstigen, den Kampf anzusagen.
530 Jeder Person und jedem Unternehmen in der EU muss verboten werden,

531 Transaktionen über eine Steueroase durchzuführen. Luxemburg muss, wie andere
532 besonders geforderte Länder wie Irland und die Niederlande, mit den anderen

533 Mitgliedstaaten zusammenarbeiten im Rahmen des automatischen

534 Informationsaustauschs und dies für die gesamte Produktpalette, einschließlich der

535 Investmentfonds und Aktien. Wir müssen aufhören eine Politik zu verfolgen, die

536 multinationale Konzerne und große Vermögen anzieht, indem wir ihnen

537 Steuergeschenke machen.

538 ○ eine öffentliche Plattform zur Finanzierung des ökologischen Wandels

539 aufzubauen, angesichts der offensichtlichen Unfähigkeit der privaten Kapitalmärkte,

540 diese Rolle zu übernehmen.

541

542 2. führende Banken und Versicherungen unter öffentliche Kontrolle stellen. Die

543 Geldschöpfung und die Versorgung der Wirtschaft mit Krediten, Finanz- und

544 Versicherungsdienstleistungen ist zu wichtig, als dass sie vornehmlich privaten Bankern

545 und Versicherern anvertraut werden könnte.

546

547 3. eine Steuer auf Finanztransaktionen einzuführen. Sie erlaubt:

548

549 ○ die Spekulation zu verringern, indem man ein Sandkorn in jene Transaktionen
550 einführt, die der Realwirtschaft am wenigsten nützen;

551 ○ einen Teil des ökologischen Wandels zu finanzieren.

552

553 4. die Finanzmärkte regulieren, um eine neue Finanzkrise zu verhindern. Das heißt:

554

555 ○ Wiederherstellung der Kontrolle über die Kapitalbewegungen auf europäischer
556 Ebene;

557 ○ Jeder Bankvertrag sollte über eine Clearingstelle getätigt werden, die Käufe und
558 Verkäufe registriert, Garantien von Schuldnern verlangt und die Finanzmärkte

559 überwacht;

560 ○ Überwachung der privaten Verschuldung, sowohl auf der Ebene der Privatpersonen
561 als auch der Unternehmen;

562 ○ die systemischen Banken zwingen, ihre Bank- und Finanzgeschäfte zu trennen;

563 ○ die Größe der Bankenkonzerne zwingend reduzieren;

564 ○ ein Verbot gefährlicher Finanzprodukte, insbesondere Hedgefonds und risikoreicher
565 Instrumente (Derivate, kurzfristige Wertpapiere);

566

- 567
- 568
- 569
- 570
- 571
- 572
- 573
- 574
- 575
- die Einrichtung einer Europäischen Agentur für die Zulassung und Kontrolle von Finanzprodukten;
 - die öffentliche Hand in die Lage zu versetzen, systematischen Finanzbetrug wirksam zu verfolgen und diese auf der Grundlage individueller Rechenschaftspflicht zu bestrafen
5. die Finanzmärkte strengen ethischen Regeln unterwerfen. Das bedeutet vor allem, dass die Spekulation auf Nahrungsmittel, Lebewesen und Land verboten werden muss.

576 2.2.3. DIE ÖKOLOGISCHE TRANSITION DURCH GERECHTE STEUERN FINANZIEREN

577

578 déi Lénk wollen:

579 1. die Politik des Steuerwettbewerbs zwischen Mitgliedstaaten abschaffen. Denn diese
580 Politik hatte katastrophale Folgen:

- 581 ○ multinationale Unternehmen werden immer weniger besteuert und die Verringerung
- 582 der Kapital- und Einkommenssteuer gegenüber der Lohnsteuer ist unannehmbar;
- 583 ○ die Steuerhoheit der Mitgliedstaaten wie auch der Europäischen Union wurde de
- 584 facto abgeschafft, was zum Abbau der sozialen Errungenschaften, zum Zerfall der
- 585 Union und zum Aufstieg der extremen Rechten führte.

586

587 2. die fiskalische Leistungsfähigkeit der europäischen Staaten und der EU
588 wiederherstellen, indem die Politik des Steuerwettbewerbs durch eine
589 Steuerharmonisierung nach oben ersetzt wird. Dafür ist es notwendig:

- 590 ○ die Transparenz der Besteuerung zu verbessern, insbesondere durch eine enge
- 591 Zusammenarbeit zwischen den europäischen Steuerverwaltungen, die
- 592 Veröffentlichung von Steuerbescheiden, den öffentlichen Zugang zu den Registern
- 593 der effektiven wirtschaftlichen Nutznießer multinationaler Unternehmen, sowie
- 594 Steuererklärungen pro Land in dem sie tätig sind und der automatische Austausch
- 595 mittels einer zentralen Datenbank der Steuerplanungsregelungen in der
- 596 Steuerbranche (Berater, Steuerberater, Buchhalter, Juristen);
- 597 ○ die Einstimmigkeit in Steuerfragen im Rat der Europäischen Union zu beenden;
- 598 ○ die Steuerflucht oder Steuervermeidungsstrategien auf europäischer und
- 599 internationaler Ebene entschlossen zu bekämpfen, unter anderem durch das Verbot
- 600 für europäische Banken und Unternehmen Aktivitäten oder Tochtergesellschaften in
- 601 "Offshore"-Steueroasen zu unterhalten;
- 602
- 603 ○ die Politik der Mitgliedstaaten zu unterbinden, die dazu neigt, multinationale
- 604 Unternehmen und Kapital durch Steuerdumpingmaßnahmen anzulocken;
- 605
- 606 ○ einen starken Rechtsrahmen zu schaffen, um Whistleblower*innen wirksam zu
- 607 schützen.

608 3. reale, überprüfbare und minimale Steuersätze und Steuerberechnungsbasen
609 einführen für multinationale Unternehmen in allen Ländern der Europäischen Union.
610 Deshalb müssen:

- 611 ○ die GAFA (Google, Amazon, Facebook, Apple) auf europäischer Ebene besteuert
- 612 werden im Sinne der jüngsten ermutigenden Vorschläge der OECD zu diesem Thema;
- 613 ○ der Kapitalquellenbesteuerung Priorität eingeräumt werden;
- 614 ○ eine gemeinsame konsolidierte europäische Bemessungsgrundlage für
- 615 Unternehmenssteuern eingeführt werden unter Wahrung der Besonderheiten der
- 616 Mitgliedstaaten.

617 4. die Finanzierung des ökologischen Wandels auf europäischer Ebene gewährleisten
618 durch eine Besteuerung der Unternehmen, die am Ursprung der
619 Umweltverschmutzung stehen, und andererseits der privilegierten
620 Bevölkerungsschichten, da sie wegen ihres unkontrollierten Verbrauchs die meisten
621 Treibhausgase produzieren. Deshalb muss:

- 622 ○ eine europäische ökologische Steuerpolitik betrieben werden, die Unternehmen
623 durch eine CO2-Steuer belastet. Außerdem müssen Kerosin und Schiffskraftstoff
624 stärker besteuert werden;neben der Bekämpfung der Steuerhinterziehung, der
625 Einführung einer Besteuerung der GAFAs und der Einführung einer
626 Finanztransaktionssteuer, noch weitere Steuereinnahmequellen auf Kapital- und
627 Vermögen aufgetan werden, insbesondere:
- 628 ○ eine grüne europäische Vermögenssteuer auf Vermögen über 3 Millionen
629 Euro;
630 ○ eine Erhöhung der Unternehmensbesteuerung;
631 ○ eine Erhöhung der Steuerprogressivität bei Privatpersonen.
- 632 5. die Mehrwertsteuer abgeschaffen auf Waren und Dienstleistungen des Grundbedarfs,
633 wie Lebensmittel, Strom, Gas und andere unentbehrliche Güter.
634

635
636

TEIL 2 – EIN DEMOKRATISCHES UND FRIEDLICHES EUROPA

637 Aktuell hat in der Europäischen Union die Exekutive die Macht, nämlich der Rat und die
638 Kommission. Die nationalen Parlamente haben Kompetenzen eingebüßt, ohne dass im Gegenzug
639 das Europäische Parlament genügend gestärkt wurde, um diese zwei Instanzen zu kontrollieren.
640 Wir wollen im Gegensatz dazu dem europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten
641 Vorrang einräumen, da sie von allen Menschen, die in Europa leben und arbeiten, durch
642 allgemeine Wahlen bestimmt werden.

643 Der Neoliberalismus, der seit 40 Jahren in Europa herrscht, hat zu einer Zunahme der
644 Ungleichheiten innerhalb und zwischen den Ländern geführt. Die internationalen Beziehungen
645 werden von Kräfteverhältnissen bestimmt, die durch eine Militarisierung Europas, durch Kriege
646 im Umfeld von Europa, sowie durch unfaire Handelsabkommen mit den Ländern des Südens
647 angetrieben werden.

648 Daraus entstehen Flüchtlingsströme die vor Krieg und Migrant*innen die vor Hunger und Elend
649 fliehen. Gegen diese Kriege und das Elend, an dem Europa zum Teil mitverantwortlich ist, wollen
650 wir vorgehen. Wir wollen ein Europa, das in Frieden lebt und das mit allen Ländern
651 zusammenarbeitet. Heute versucht Europa, seine Türen für diejenigen zu schließen, die Schutz
652 suchen. Wir sind der Meinung, dass wir diese Frauen, Männer und Kinder willkommen heißen und
653 die Voraussetzungen für ihre Integration in unseren Ländern schaffen sollten.

654

655 18. DIE SOUVERÄNITÄT DER BEVÖLKERUNG UND DIE
656 MENSCHENRECHTE STÄRKEN

657 déi Lenk wollen:

- 658 1. früher oder später den Bruch mit den aktuellen Verträgen zugunsten eines
659 demokratischen Entscheidungsprozesses herbeiführen, um Institutionen einzurichten,
660 die den Bestrebungen der europäischen Bevölkerung entsprechen.
661
- 662 2. die Vormachtstellung des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente
663 systematisch stärken als einzige Institutionen, die mit einer direkten demokratischen
664 Legitimation ausgestattet sind. Das heißt, dass:
665
- 666 ○ die anderen Institutionen der Union, insbesondere die Kommission und der Rat, nur
667 aufgrund von Leitlinien handeln können, die vom Europäischen Parlament und den
668 nationalen Parlamenten festgelegt wurden;
 - 669 ○ die Kommission sich nicht dagegen wehren kann eine Gesetzesinitiative einzureichen,
670 wenn das Parlament sie beantragt;
 - 671 ○ gleichfalls weder die Kommission, noch der Rat die Parlamente an der Ausübung ihrer
672 Kontrollfunktionen hindern können. Insbesondere können sie ihr Recht auf Zugang zu
673 Dokumenten bei der Verhandlung internationaler Abkommen nicht einschränken;
 - 674 ○ letztendlich jeder Rückgriff auf einen rein zwischenstaatlichen Ansatz zur Umgehung
675 der demokratischen Kontrolle durch das Europäische Parlament und der nationalen
676 Parlamente verboten werden sollte. Antidemokratische Praktiken, wie die
677 Verhängung von Sparmaßnahmen durch die "Troika" (Kommission, Europäische
678 Zentralbank und Internationaler Währungsfonds) und die Finanzminister des
679 Euroraums im Rahmen des europäischen Stabilitätsmechanismus, müssen aufhören.
680
- 681 3. die direkte Beteiligung der Bürger*innen bei der Ausarbeitung europäischer Regeln
682 stärken. Dies impliziert unter anderem, dass:
683
- 684 ○ die Europäische Kommission sich nicht weigern kann, einer ordnungsgemäß
685 eingetragenen europäischen Bürgerinitiative Rechnung zu tragen;
 - 686 ○ ebenso der Rückgriff auf Volksbefragungen gefördert werden muss nach einer
687 pluralistischen und widersprüchlichen öffentlichen Debatte vor der Annahme eines
688 größeren Vertrags durch die Union und ihre Mitgliedstaaten.
689
- 690 4. die Unionsbürgerschaft erweitern, um grundsätzlich allen Einwohnern, ob sie Bürger
691 der Union oder Staatsangehörige von Drittstaaten sind, zu erlauben, sich bei allen Wahlen
692 politisch zu äußern und von den gleichen Rechten und Freiheiten zu profitieren wie
693 Angehörige der Mitgliedstaaten.
694
- 695 5. die Aufteilung zwischen den Zuständigkeiten der Union und den nationalen
696 Zuständigkeiten neu definieren, im Sinne einer sehr starken Dezentralisierung und durch
697 eine extensive Auslegung des Subsidiaritätsprinzips. Diese sehr starke Dezentralisierung
698 soll mit einer Stärkung der transnationalen Zusammenarbeit in den Grenzregionen einher
699 gehen.

700

- 701 6. die Rechte von Personen gewährleisten, die dem EU-Recht unterliegen, insbesondere
702 durch die Unterwerfung der Institutionen der Union - einschließlich des Europäischen
703 Gerichtshofs - unter die richterliche Kontrolle des Europäischen
704 Menschenrechtsgerichtshof.
- 705
- 706 7. die Rechte ausweiten, unter anderem durch eine Ausweitung des Grundsatzes der
707 Nichtdiskriminierung aufgrund der sexuellen Identität und die Gewährleistung des
708 Rechts auf universellen Zugang zu medizinischer Versorgung und Schwangerschafts-
709 abbruch in allen Mitgliedstaaten der Union.
- 710
- 711 8. das Übereinkommen des Europarates über die Prävention und Bekämpfung von Gewalt
712 gegen Frauen und gegen häusliche Gewalt ratifizieren und umsetzen, sowie
713 verbindliche und standardisierte Regeln dazu in allen EU-Staaten durchsetzen.

714 19. GEGEN DIE MILITARISIERUNG EUROPAS UND FÜR DIE
715 UNTERSTÜTZUNG DER MIGRANT*INNEN
716

717 déi Lenk wollen:

718

719 1. sich für ein pazifistisches Europa stark machen und den Kampf gegen die
720 Militarisierung und die Sicherheitspolitik führen, die sich in der Europäischen Union
721 ausbreiten;

722

723 ○ sich gegen Versuche wehren, eine europäische Armee zu schaffen, da es sich um ein
724 Angriffsprojekt handelt (Europäischer Verteidigungsfonds, PESCO). Die Ideologie der
725 "Europäischen Macht" ablehnen.

726 ○ sich gegen die Beteiligung der Europäischen Union an militärischen Interventionen im
727 Ausland wehren, die nicht durch ein Mandat der Vereinten Nationen legitimiert sind;

728 ○ die Militärausgaben auf das Minimum beschränken, das für eine rein defensive Politik
729 notwendig ist;

730 ○ auf eine Auflösung der NATO hinarbeiten. Um dies zu erreichen, sollen die
731 europäischen Länder zu einem Ausstieg aus diesem Bündnis ermutigt werden.

732

733 2. sich gegen die Stationierung neuer Atomraketen in Europa wehren und sich für die
734 totale Denuklearisierung des Kontinents einsetzen.

735

736 3. auf ein kollektives Sicherheitssystem in Europa hinarbeiten und die Rolle der
737 Vereinten Nationen bei der friedlichen Beilegung von Konflikten aufwerten.

738

739 4. sich für den Abbau des europäischen militärisch-industriellen Komplexes einsetzen,
740 der Gewinn durch Krieg und Elend macht.

741

742 5. Waffenverkäufe an kriegführende Länder und Regime, die die Menschenrechte nicht
743 achten, verbieten.

744

745 6. aufhören, das Thema Migration als Sicherheitsfrage anzusehen und mit der Ideologie
746 der Festung Europa brechen.

747 7. sich gegen die Militarisierung der Migrationsströme einsetzen, die Stärkung der
748 FRONTEX als Grenzpolizei ablehnen und diese Agentur auflösen.

749

750 8. humanitärer Korridore einrichten, um dafür zu sorgen, dass Flüchtlinge sichere
751 Zugangswege zu Europa haben.

752

753 9. damit aufhören, Schiffe von NGOs zu stoppen die Migranten in Not helfen und die
754 Seestreitkräfte der EU-Länder dazu anhalten, ihnen zu helfen. Das Mittelmeer darf kein
755 riesiger Friedhof und eine Schande Europas sein.

756 10. Mitglieder von NGOs schützen, die Migranten in Not im Mittelmeer retten. Wer
757 Menschen rettet darf nicht kriminalisiert werden.

758

759 11. den Flüchtlingsstatus verteidigen, Abschiebezentren schließen und offene
760 Aufnahmezentren einrichten, um Asylanträge zügig zu bearbeiten.

761

- 762 12. dafür sorgen, dass alle Asylverfahren im Respekt der Geschlechterdiversität
763 stattfinden und die Bedürfnisse von LGBTIQ-Personen berücksichtigen, durch die
764 Einrichtung von Koordinierungszentren zur Integration des Genderaspekts bei der
765 Integration.
- 766 13. das Recht auf Familienzusammenführung verteidigen für diejenigen, die den
767 Flüchtlingsstatus erhalten.
768
769
- 770 14. gegen Zwangsabschiebungen vorgehen, vor allem in Länder, die zu Unrecht als "sicher"
771 eingestuft sind (Afghanistan, Irak ...).
772
- 773 15. das Dublin-Abkommen abschaffen, das die Verantwortung für Migranten ausschließlich
774 Ländern wie Italien, Griechenland und Spanien übertragen. Dies soll durch eine Aufteilung
775 der Flüchtlinge zwischen den EU-Ländern ersetzt werden.
776
- 777 16. die Mafia-Netzwerke bekämpfen die den Menschenhandel organisieren und sie durch
778 eine legale und geregelte Einwanderung ersetzen;
779
- 780 17. eine wirksame Umsetzung der Richtlinie 2011/36/EU über den Kampf gegen
781 Menschenhandel garantieren, insbesondere was den Frauenhandel zwecks
782 Zwangsprostitution angeht.
783
- 784 18. Arbeitnehmer ohne Papiere nach sechsmonatigem Aufenthalt regulieren.
785
- 786 19. die Maßnahmen abschaffen die auf eine Festsetzung von Flüchtlingen abzielen,
787 einschließlich der Flüchtlinge vor den Toren Europas (Abkommen mit der Türkei und
788 Libyen, Militarisierung der Sahelzone);
789
- 790 20. die ungleichen Handelsabkommen zwischen der EU und den Ländern Afrikas, der
791 Karibik und des Pazifiks (WPA, Wirtschaftspartnerschaftsabkommen) kündigen. Sie
792 sollen durch eine Politik der Zusammenarbeit und der gemeinsamen Entwicklung ersetzt
793 werden, die es jungen Menschen ermöglicht, in ihrem Land zu leben und zu arbeiten.